

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

GESUNDHEITS„REFORM“:

Ist es nicht die Verantwortung der SPD, das Diktat von Merkel und ihrer CDU/CSU zurückzuweisen?

IN DER SPD, den Unterbezirken und Ortsvereinen, wie auch in den Gewerkschaften, hat sich die Diskussion über die Gesundheits„reform“ ausgeweitet. Die Ablehnung dieser „Reform“ wächst, wie auch die Beiträge in dieser und den letzten Nummern unserer Zeitschrift zeigen. Der Unterbezirksausschuss der Kölner SPD lehnt in einer Resolution die Einführung des Gesundheitsfonds und die Erhebung eines Zusatzbeitrages grundsätzlich ab. Die Hamburger SPD hat gefordert, dass der Gesundheitsfonds nicht eingerichtet wird. Der AfA-Landesvorstand in Berlin fordert von der SPD, „für den Erhalt des solidarischen und paritätisch finanzierten Systems der gesetzlichen Krankenkassen und des öffentlichen Gesundheitswesens“ einzutreten, und die Einführung des Gesundheitsfonds mit zusätzlichen Kopfpauschalen abzulehnen.

In den Gewerkschaften stößt der Gesundheitsfonds auf massive Kritik. Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand erklärte auf einer DGB-Versammlung in Köln: „Der DGB ist gegen den Fonds!“

In ihrem Offenen Brief an die Verantwortlichen und Bundestagsabgeordneten der SPD schreiben sozialdemokratische GenossInnen und Gewerkschafts-

kollegInnen aus NRW: „Muss die Gesundheitsreform nicht von allen SPD-Bundestagsabgeordneten abgelehnt werden?“

Karl Lauterbach, SPD-Gesundheitsexperte und MdB, sagte in einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 2./3. 10. 2006, dass sich die SPD bei der Reform in einer „Abwehrschlacht“ gegen die CDU nicht durchsetzen konnte, und warnt vor dem Weg in ein „Drei-Klassen-System“.

Doch hinter der CDU steht das Diktat der EU-Politik, dessen Umsetzung Merkel nachdrücklich zu ihrem Regierungsauftrag gemacht hat. Die Gesundheitsversorgung ist den Maastrichter Defizitkriterien unterworfen, um eine drastische Kostensenkung zu erzwingen und gleichzeitig die Unternehmer von den Sozialabgaben zu entlasten. (Jüngstes Beispiel für diese Strategie ist die EU-Richtlinie Nr. 15 vom 12. 7. 2005 zur „Senkung der Lohnnebenkosten“.)

Gegen den immer stärker werdenden Widerstand aus der SPD selbst und aus den Gewerkschaften drängt der SPD-Vorsitzende Beck auf eine Unterwerfung der SPD in der Großen Koalition unter die Pläne von Merkel und ihrer CDU/CSU.

Ist es möglich, dass SozialdemokratInnen im Bundestag ihre Hand heben sollen dafür, dass die von den ArbeitnehmerInnen mit der SPD und den Gewerkschaften erkämpfte solidarische und paritätisch finanzierte Krankenver-



Die Ärzte machen Front gegen die Gesundheitspläne der Regierung

sicherung und solidarische Gesundheitsversorgung Stück für Stück demontiert wird?

„Ich erwarte von der Sozialdemokratie, dass sie bei der Gesundheitsreform die Solidargemeinschaft verteidigt“, hatte Jürgen Peters (IG-Metall-Vors.) erklärt.

Auf ihrem Flugblatt für den 21. Oktober fordern die Gewerkschaften, „Gesundheit für alle BürgerInnen, solidarisch und gerecht finanziert.“

Verlangt das aber nicht, den Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition zu mobilisieren und von den Verantwortlichen und Abgeordneten der SPD die Ablehnung der Gesundheits„reform“ zu fordern?

Die Redaktion der »Sozialen Politik & Demokratie« unterstützt den Aufruf der KollegInnen aus NRW an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, an die Mitglieder und Gremien der SPD:

Noch ist es nicht zu spät! Setzt Euch ein, kämpft dafür, dass die Gesundheits„reform“ gestoppt wird! Unterstützt den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten!

CARLA BOULBOULLÉ

Zum Inhalt:

**Berlin nach der Wahl
Diskussion in der AfA**

Was geschieht in Ungarn?

**Aufruf zur Solidarität mit
dem mexikanischen Volk**

GROSSBRITANNIEN: • Der Premierminister von „New Labour“ vor dem TUC-Gewerkschaftskongress Hunderte Delegierte rufen T. Blair entgegen: „Tritt sofort zurück!“

Reportage

„Go now!“ (Geh jetzt!) wurde in voller Lautstärke gerufen und stand auf dutzenden Plakaten. So wurde Tony Blair auf dem TUC-Gewerkschaftskongress empfangen, auf dem er wie jedes Jahr seine Grußworte überbracht hat.

Sobald Blair die Rednertribüne betrat, um zum Kongress zu sprechen, erhoben sich die Delegierten der Eisenbahnergewerkschaft RMT, der Gewerkschaft des sozialen Sicherungssystems PCS, des öffentlichen Dienstes Unison, und der Feuerwehrleute FBU, von ihren Sitzen und hielten Plakate hoch wie: „Zeit für den Rücktritt“, „Geh jetzt“ oder „Ja zum öffentlichen Dienst, Nein zur Privatisierung“, „Rückzug der Truppen aus dem Ausland“. Ein großer Teil des Saales begann zu pfeifen und zu buhen. Bevor Blair mit seiner Rede begann, verließen die Eisenbahner den Saal.

Blair ehrte zunächst die Opfer des 11. September 2001, was sich die Delegierten schweigend anhörten. Als er das aber verbinden wollte mit einer Rechtfertigung der Präsenz der britischen Truppen bei den US-Truppen, wurde er von den Zwischenrufen von dutzenden Delegierten übertönt: „Rückzug der Truppen!“, „Abzug aus Afghanistan!“

Blair begründete dann, warum er gegen die Gewerkschaften, gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Mehrheit selbst in der Labour Party, koste es, was es wolle, versuchen will, ein Jahr länger im Amt zu bleiben: um bis zum Ende das Mandat zu erfüllen, das Bush und die Europäische Union ihm erteilt haben. Das aber verlangt, das Rentensystem völlig aufzulösen, sowie



Heißer Empfang für Tony Blair auf dem TUC-Kongress

das schon an die Kirchen, die NGOs und Unternehmen ausgelieferte Bildungswesen weiter zu zerschlagen, und den letzten Rest des öffentlichen Gesundheitswesens aufzulösen.

Die Delegierten bezogen sich mit ihrer Losung „Blair muss jetzt sofort gehen, und seine Politik mit ihm“ auf die vom Kongress verabschiedeten Resolutionen gegen die Privatisierung des öffentlichen Dienstes und der Schulen, für die Verteidigung der Renten, für die Aufhebung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze.

Unter Beifall erklärte der erste Delegierte, – ein Mitglied der Unison: „Können Sie uns sagen, warum Sie auf die Politik der Konservativen zurückgreifen und das öffentliche Gesundheitswesen privatisieren?“

Danach griff die Vorsitzende der Gewerkschaft des sozialen Sicherungssystems Tony Blair an. Sie erinnerte daran, dass 171 Millionen britische Pfund dem sozialen Sicherungssystem

entzogen und für seine Privatisierung durch Ausgliederung von Dienstleistungen ausgegeben wurden.

Vor dem Parteitag der Labour Party hatten die Delegierten des Gewerkschaftskongresses ein klares Signal gegeben:

Nur ein sofortiger Rücktritt von Blair und von „New Labour“ und deren Politik mit ihm zusammen, kann den Weg frei machen für die einzige Politik, die die Partei der Arbeiterschaft und das ganze Land retten kann: eine Politik, die sich auf die von den Delegierten klar genannten Forderungen stützt, die sich sämtlich gegen die Politik von Bush und der EU wenden.

Korrespondent auf dem TUC-Kongress, 12. 9. 2006

Errata: In Nr. 150, S. 1, waren die CDU-Stimmenverluste in Mecklenburg-Vorpommern mit 64.000 angegeben. Tatsächlich betragen sie fast 69.000.

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 12. 10. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Henning Frey (SPD, GEW)

Kölner SPD lehnt den Gesundheitsfonds und den Zusatzbeitrag ab

VOR rund drei Wochen, am 12. 9., haben Genossinnen und Genossen aus NRW den Aufruf für eine Initiative gegen die Pläne zur Gesundheitsreform der Großen Koalition veröffentlicht. An Ständen und innerhalb der Kölner SPD haben sich inzwischen über 130 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dem Aufruf angeschlossen.

Auch innerhalb der SPD hat sich die Diskussion über die Gesundheitsreform ausgeweitet. In Ortsvereinen und vom Unterbezirksausschuss erhielt jetzt auch der Kölner Abgeordnete Karl Lauterbach, der öffentlich gegen den Gesundheitsfonds Stellung bezogen hat, Unterstützung aus der Partei.

Auf der Sitzung des Unterbezirksausschusses waren viele Delegierten empört, nachdem sie den Bericht von Karl Lauterbach über die Inhalte und den Stand der Verhandlungen über die Gesundheitsreform gehört hatten. „Dafür haben wir nicht Wahlkampf gemacht“, so ein Delegierter, „wie sollen wir das unseren Wählern und wie soll ich das meinen Kollegen erklären“, fragte er weiter.

Lauterbach berichtete auch über die Diskussion in der Fraktion, dass einige darüber spekulierten, die Verabschiedung der Gesundheitsreform würde von den Wählern der CDU angelastet. „Die sagen, die CDU müsste dann dafür bezahlen.“ Eine Genossin unterbrach ihn: „Wir sind es doch, die dafür bezahlen müssen. Wir müssen bezahlen mit höheren Beiträgen oder sogar mit der kleinen Kopfpauschale.“

Am Ende verabschiedete der Unterbezirksausschuss auf Antrag des AfA-

Unterbezirks eine Resolution, in der die Einführung des Gesundheitsfonds und die Erhebung eines Zusatzbeitrages grundsätzlich abgelehnt wurde. Damit folgte die Kölner SPD den Beschlüssen anderer Parteigliederungen wie z.B. des Hamburger Unterbezirks, der zuvor schon gefordert hatte, dass „der Gesundheitsfonds weg muss“!

Vorbereitung des 21. 10.: Muss der DGB nicht für die Rücknahme der Pläne für den Gesundheitsfonds und zur Gesundheitsreform mobilisieren?

Am 22. September lud der DGB in Köln zu einer Versammlung mit Annelie Buntenbach ein. Annelie Buntenbach ist im DGB-Bundesvorstand für den nationalen Aktionstag am 21. Oktober verantwortlich. Vor rund 30 haupt- und ehrenamtlichen Funktionären der Gewerkschaften in Köln berichtete sie über den Vorbereitungsstand für den Aktionstag und der Kampagne des DGB, die unter dem Motto „Das geht besser – aber nicht von allein“ läuft.

Zu Beginn der Versammlung hatten 15 Kolleginnen und Kollegen den Aufruf an die SPD-Bundestagsabgeordneten unterschrieben. Auch in der Versammlung kam die Sprache sehr schnell auf die Gesundheitsreform. Sie war auch Thema auf der Betriebsversammlung von Ford, von der Kollegen aus der IG Metall berichteten.

Der stellvertretende IG-Metall-Bevollmächtigte Karl Reuber ging auf die Kopfpauschale ein: „Wohin das führt, haben wir schon bei der letzten Reform gesehen. Seither müssen sich ja

alle Arbeitslose gesetzlich bei den AOK'en versichern. Dafür überweist die Bundesagentur 125,- Euro pro Person an die AOK. Mit diesem Pauschalbetrag kommt die AOK aber nicht aus. Sie muss also bei jedem Versicherten selbst draufzahlen, bzw. die Versorgung mit den Beiträgen der anderen Versicherten ausgleichen. Genau das gleiche wird passieren, wenn die Regierung künftig die Pauschalbeiträge festlegt, die pro Versicherten an den Fonds überwiesen werden.“

Mit Blick auf die Pläne zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, zur Senkung der Unternehmensbesteuerung und zur Rente brachte der Kölner DGB-Vorsitzende Uellenberg-van Dawen die Situation auf den Punkt: „Bei den Hartz-Gesetzen waren die Arbeitslosen dran, jetzt geht es den Arbeitnehmern an den Kragen!“

Aus der Versammlung heraus verlangten eine Reihe von Kollegen klarere Aussagen und besseres Material für die Mobilisierung: „Sagt doch einfach, was die Leute das alles kostet!“

Ein Kollege stellte die Frage: „Warum fordert der DGB nicht klar: Weg mit der Rente mit 67, weg mit dem Fonds, weg mit der Gesundheitsreform?“

Annelie Buntenbach versprach, dass der DGB noch weitere Materialien für die Mobilisierung zur Verfügung stellen werde. Zu den Forderungen sagte sie: „Ja, es ist doch klar, der DGB ist gegen den Fonds!“

Aber was steht tatsächlich in dem Aufruf des DGB? Dort können wir lesen: „Mit dem Gesundheitsfonds drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen sollen fein raus bleiben.“ (DGB-Aufruf für den 21. 10.)

Aber wo bleibt die Konsequenz? In dem Aufruf heißt es nur ganz allgemein: „Wir wollen Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren und keine Zweiklassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung.“

Verlangt die Verteidigung der Parität und die Verteidigung des solidarischen selbstverwalteten gesetzlichen Krankenkassensystems nicht, dass der DGB dafür mobilisiert, dass Gesundheitsfonds und Gesundheitsreform zurückgenommen werden?

Arme sterben früher!

Sieben Jahre kürzer leben arme Menschen – wurde auf der Nationalen Armutskonferenz 2004 festgestellt. Und befürchtet wurde, „dass die Gesundheitsreform diese Entwicklung fördert, anstatt ihr entgegenzuwirken“.

Die Regierung will den Gesundheitsfonds. Künftig wird die Politik die Beitragsätze festlegen. Vorher sollen sie um 0,5 Prozent steigen. Ausreichen wird das nicht. Die Kassen müssten Extra-Beiträge erheben. Nur von den Beschäftigten. Die Unternehmer bleiben außen vor. Uns droht die „Mini-

Kopfpauschale“. Das kann weit mehr als 12 Euro im Monat kosten.

Die Kassen werden versuchen, Extra-Beiträge zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen.

Um keine Mitglieder zu verlieren. Aber dann drohen weitere Leistungskürzungen. Wer genug Geld hat, kann sich zusätzlich privat versichern: die „Verriesterung“ der Gesundheit.

(aus: *Wirtschaftspolitik aktuell Nr. 17, September 2006 – ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik*)

Weg mit dem Gesundheitsfonds! Weg mit der Gesundheitsreform!

Ist die Aufgabe der Gewerkschaften und des DGB nicht, gegenüber der Regierung der Großen Koalition die Arbeitnehmererrungenschaften in Deutschland auf Biegen und Brechen zu verteidigen?

Brief an Ellen Paschke (Mitgl. im Bundesvorstand von ver.di, Vorsitzende des Fachbereichs Gesundheitswesen)

DER DGB ruft zum 21. 10. zu einem nationalen Aktionstag mit Kundgebungen in fünf Städten auf.

Im Vorfeld dieses Aktionstags hat die Kollegin Paschke einen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten geschrieben.

Wir haben den Brief gelesen, in dem zu Recht der Erhalt der Krankenkassen als Öffentliche Körperschaft gefordert wird. Die Kollegin Paschke verteidigt die Krankenkassen gegenüber den Gesetzesplänen mit dem Hinweis darauf, dass die „Krankenkassen selbstverwaltete Einrichtungen“ sind, in denen die „Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber (bei den Ersatzkassen nur die Versichertenvertreter) über die Beiträge und Satzungsleistungen“ entscheiden.

Du sagst, dass mit der Gesundheitsreform die „faktische Abschaffung der Selbstverwaltung der Versicherten“ droht und dass durch die Gesundheitsreform „der Ordnungsrahmen“ der gesetzlichen Krankenversicherung „zunehmend wettbewerblich geprägt“ wird.

Das alles ist richtig, und wir können es nur unterstützen.

Allerdings fragen wir uns als Kollegen mit dem Blick auf den Aufruf und die Flugblätter des DGB und von ver.di für den 21. Oktober:

Ziehen ver.di und der DGB aus diesen Feststellungen alle notwendigen Schlussfolgerungen und Konsequenzen?

Wir lesen z.B., dass der DGB für den 21. 10. den Erhalt der Finanzsouveränität der gesetzlichen Kassen und den Erhalt der sozialen Selbstverwaltung fordert – gut! Er fordert: keine Einführung von Zusatzbetrag oder/ und kleiner Kopfpauschale – auch gut.

In Deinem Artikel »Risiken und Nebenwirkungen abschätzen – Alternativen durchsetzen« schreibst Du in den »ver.di Perspektiven«:

„Das Kernstück der Reform jedoch – der Gesundheitsfonds – gefährdet die solidarische Krankenversicherung. Hier sehen wir einen erheblichen Korrekturbedarf. (...)

Aber sind die Finanzsouveränität und die soziale Selbstverwaltung nicht deshalb bedroht, weil die Regierung der Großen Koalition plant, einen Gesundheitsfonds einzuführen, der sich

zunächst einmal aller unserer Beiträge bemächtigt?

Heißt der Gesundheitsfonds nicht, dass die Regierung sich unsere Beiträge erst einmal in die eigene Tasche steckt und hinterher entscheidet, wieviel welche Krankenkasse davon bekommt?

Über die Einführung des Gesundheitsfonds wird die Selbstverwaltung



Ärzte protestieren in Berlin erneut – wie hier am 5. August – gegen die Gesundheitsreform

zerschlagen. Mit dem Fonds haben die jetzige und alle künftigen Regierungen das Mittel in der Hand, die Arbeitgeberbeiträge einzufrieren, die paritätische Finanzierung endgültig zu kippen und die privaten Krankenversicherungskonzerne gegenüber den Kassen zu begünstigen.

Muss deshalb im Zentrum des nationalen Aktionstags am 21. 10. nicht die Forderung stehen: Weg mit dem Fonds! Weg mit der Gesundheitsreform!

Beide Forderungen finden wir nicht in dem Aufruf!

Stattdessen lesen wir z.B., dass ein verstärkter „Qualitätswettbewerb“ bei den „Leistungsanbietern“ gefordert wird.

Wir sind Schwestern, Pfleger, Ärzte, wir kennen als Patienten und Angehörige die Krankenhäuser von innen, wir haben die Demonstrationen und Streiks von Ärzten und Krankenhausbeschäftigten gesehen, die die katastrophalen Behandlungsbedingungen und die Überausbeutung des Personals angeprangert haben.

Kann es sein, dass nach all diesen Erfahrungen die Gewerkschaften eine Verschärfung des Wettbewerbs fordern? Kann man so naiv sein, an einen „fairen Wettbewerb um Qualität“ zu glauben?

Das bringt uns auf eine andere Frage: Das Motto der Gewerkschaften für den 21. 10. ist „Das geht besser – aber nicht von allein“!

Mit wem soll es besser gehen? Mit Merkel, Stoiber und Schäuble, die unter allen Umständen Forderungen der EU für Deutschland umsetzen wollen, mit Müntefering und Schmidt, die mittlerweile für jeden sichtbar im Gegensatz zum Wählerauftrag und der Meinung der SPD-Mitgliederbasis bereit sind, alles für den Erhalt der Koalition zu opfern?

Soll es besser gehen durch die Mithilfe des DGB und der Einzelgewerkschaften bei der Regierungsarbeit?

Das fragen wir uns, wenn wir Euer Motto lesen.

Wir müssen Euch sagen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen keinerlei Vertrauen in die Große Koalition haben. Im Gegenteil, sie erleben die schlimmsten Angriffe, sie erleben, dass es, wie es auf einer DGB-Versammlung in Köln mit Annelie Buntenbach gesagt wurde, den „Arbeitnehmern brutal an den Kragen geht“.

Ist es in dieser Situation nicht die Aufgabe und Verantwortung des DGB und der Einzelgewerkschaften, anstatt der Regierung ein Angebot zur Zusammenarbeit zu machen, alles zu tun, um die Arbeitnehmerrechte und Errungenschaften auf Biegen und Brechen zu verteidigen?

Wir treten dafür ein zu fordern:

Weg mit der Rente mit 67, Weg mit dem Gesundheitsfonds, Weg mit der Gesundheitsreform! Weg mit den Plänen zur Beseitigung des Kündigungsschutzes! Weg mit Hartz IV!

Verteidigung des Flächentarifvertrags und der Tarifautonomie!

Weg mit der 1,5%igen Kürzung der Krankenhausbudgets!

Dazu erwarten wir eine Antwort.

*Mit kollegialen Grüßen
i.A. von weiteren Gewerkschafts-
kollegInnen: Eva Gürster
(Mitglied im NRW-Landesvorstand ver.di FB 3)*

Axel Zutz (SPD, Mitgl. AfA-Landesvorst. Berlin)

Die SPD muss eine klare Politik für ArbeitnehmerInnen machen!

DAS WAR schließlich das Ergebnis einer Diskussion der Berliner AfA-GenossInnen, wie es sich in den verabschiedeten Forderungen an eine zukünftige Regierungspolitik der Berliner SPD ausdrückt (s. unten).

Die GenossInnen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen diskutierten das Wahlergebnis vom 17. September sehr kritisch. Die wichtigsten Elemente der Diskussion sollen an dieser Stelle wiedergegeben werden, denn die angesprochenen Fragen sind von großer Wichtigkeit für die soziale und politische Zukunft der ArbeitnehmerInnen der Stadt.

Mit großer Sorge sahen die GenossInnen zunächst vor allem die niedrige Wahlbeteiligung von nur 58%. Dazu erklärte ein Genosse, dass die Umfragen zeigen, dass es großes Unwohlsein, Unbehagen und Angst in der Gesellschaft bezogen auf die Bereiche Arbeit und Soziales gibt. Hierin muss man eine ernste Gefahr für die Demokratie sehen. Hervorzuheben sei aber auch die traditionelle Bindung der Arbeitnehmerschaft, gerade auch der gewerkschaftlich organisierten, an die Sozialdemokratie. Hier habe es eine Stabilität von mehr als 40% der WählerInnen, also über dem Durchschnitt, gegeben.

Das zeigt, dass die Arbeitnehmerschaft die Basis der Sozialdemokratie ist, die gehalten werden könne, wenn die SPD ihr wieder eine politische Perspektive gibt.

Das aber muss in praktischer Politik deutlich werden, verlangte ein anderer Genosse. Z.B. bei der Charité brauchen wir sofort die Entscheidung für den Stopp und die Aufhebung aller Privatisierungsmaßnahmen und die Rückkehr zum einheitlichen Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten.

Während es einerseits als positiv betrachtet wurde, dass die SPD den Regierungsauftrag habe, wiesen andere GenossInnen darauf hin, dass man bei einem Verlust in der Größenordnung von 58.000 Stimmen für die SPD nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

Viele WählerInnen haben „Nein“ gesagt zur Politik der bisherigen rot-roten Koalition. Das müsse benannt und darüber diskutiert werden, anstatt einen „Wahlsieg“ zu betonen

Schockiert zeigten sich die GenossInnen über die Ergebnisse der NPD und Republikaner, die in fünf Bezirksparla-

mente einziehen konnten. Hierzu wurde von einem Jugendvertreter geäußert, dass vor allem die jungen Menschen ohne Perspektive seien, Jugendclubs werden geschlossen oder Ausbildungsplätze fehlen: Die politisch Verantwortlichen gäben den Jugendlichen das Gefühl, dass sie zu viel seien.

Die Rechten profitieren von den sozialen Ängsten und Verzweigungen, der politischen Ausweglosigkeit, in der sich viele Menschen angesichts des zunehmenden sozialen Verfalls der Stadt sehen. So berichtete ein Genosse, dass die Neonazis z.B. in vielen Gegenden im Osten Jugendzentren und Beratungen anbieten, nachdem die bisherigen sozialen Einrichtungen als Folge der Kürzungsmaßnahmen dicht gemacht wurden. In Berlin plane die NPD Beratungszentren für Ein-Euro-Jobber. Kann es da eine andere Antwort geben, – wenn man ernsthaft die Neonazis bekämpfen will –, als ein klares „Nein“ zu diesen entrechteten Jobs und für ihre Umwandlung in tarifliche Normalarbeitsverhältnisse zu entscheiden, ebenso wie für die Rücknahme aller Kürzungen in den sozialen Bereichen und Einrichtungen?

Ablehnend äußerten sich alle RednerInnen gegenüber einer Koalition mit den Grünen. Diese wollen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums vorantreiben und die Löhne im Öffentlichen Dienst senken. Die Grünen stellen ein Risiko für die ArbeitnehmerInnen dar, ihre Deregulierungsvorstellungen würden besonders auch die BVG (Verkehrsbetrieb), die BSR (Stadtreinigung) sowie die bezirklichen Tiefbau- und Grünflächenämter treffen, so ein Genosse. Ferner wollen sie die sogenannte Positivliste zum Ausschluss des Einsatzes von Ein-Euro-Kräften im Aufgabenbereich des Öffentlichen Dienstes abschaffen,

was nichts anderes heißt, als diese Billigjobs verbunden mit dem weiteren Abbau der Stellen im Öffentlichen Dienst auszuweiten.

Allerdings gab es auch Kritik an einer einfachen Fortsetzung der Koalition mit der PDS: Ein PDS-Wirtschaftssenator, auf dessen Konto dermaßen viele Entlassungen gehen wie in den letzten Jahren, sei für eine Regierung mit der SPD nicht tragbar.

„In dem Wahlergebnis drückt sich das Nein zu einer Politik aus, die (...) über drastische Haushaltskürzungen die Einrichtungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge (...) an den Profit-Wettbewerb und letztlich die Privatisierung ausliefert; zu einer Politik des Tarifvertragsbruchs, der Lohnkürzungen und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.“ Und das „historisch schlechteste Ergebnis“ für die CDU sei „eine Absage an die Politik der Großen Koalition, die von dem SPD/PDS-Senat umgesetzt worden ist. (...) Es liegt in der Verantwortung der SPD, für einen politischen Kurswechsel, für eine wirkliche sozialdemokratische Politik zu entscheiden“, hieß es in dem Vorschlag für eine Erklärung der AfA, die ein Genosse zu dieser Diskussion vorgelegt hatte. Diese Analyse, meinte ein anderer Genosse, sei unbedingt notwendig, sie müsse Gegenstand der Diskussion in der ganzen Partei werden.

Die Diskussion hat gezeigt: Die AfA-GenossInnen sind nicht bereit, ihre erkämpften SPD-Positionen, die auch auf Landesparteitage um- und durchgesetzt worden sind, preiszugeben. Die Berliner AfA wird sich in diesem Sinne weiter innerhalb der SPD für die Forderungen der ArbeitnehmerInnen der Stadt einsetzen.

Folgende Punkte hat der Berliner AfA-Landesvorstand als Auftrag der AfA an die SPD für die Regierungsbildung beschlossen:

- Rückkehr zu einem einheitlichen Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, einschließlich der Anhebung der Ost-Löhne auf West-Niveau
- „Nein“ zur Privatisierung der öffentlichen Sparkasse, der Messe, der gesamten Charité und Vivantes-Krankenhäuser, für die volle Rekommunalisierung aller ausgegliederten Bereiche
- Rücknahme aller Kürzungen und Annullierung der „Schulden“ der öffent-

lichen Betriebe, wie BVG, Vivantes, Kita-Eigenbetriebe, u.a.; für ihre volle Ausfinanzierung durch den öffentlichen Haushalt

- Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Normalarbeitsplätze und ihre Reintegration in die Aufgabenbereiche der Bezirksämter, Senatsverwaltungen und öffentlichen Betriebe
- Auflösung des Stellenpools und die Rückversetzung der KollegInnen an ihren ursprünglichen Arbeitsplatz
- Einstellungs- und Ausbildungsprogramm für Jugendliche in den Bezirksämtern, Senatsverwaltungen und öffentlichen Betrieben.

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

Die Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage darf nicht aufgegeben werden!

Der Ausbildungspakt ist gescheitert: allein in Hessen fehlen 14.000 Lehrstellen in diesem Jahr. Im Zusammenhang mit den fehlenden Lehrstellen hat nun der hessisch-thüringische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell den Vorschlag gemacht, 50.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Hessen zu schaffen, die aus den Beiträgen der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden sollen. Anstatt die fehlenden Ausbildungsplätze durch eine Ausbildungsumlage der Unternehmen, die nicht ausbilden, zu finanzieren, soll dies aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung geschehen.

Der Vorschlag des DGB, den vorenthaltenen Lohn der ArbeitnehmerInnen dafür zu nutzen, wird nur zu bereitwillig von der Koch-Regierung in Hessen unterstützt. „Auch wenn wir sehen, dass die Forderung (nach einer Ausbildungsumlage) in der großen Koalition nicht durchsetzbar ist, dann muss man doch mit Zwischenschritten arbeiten.“ (Körzell). „Ob das dann eins zu eins das DGB-Modell wäre, ist nicht die entscheidende Frage.“ (Körzell)

Es ist zwar nachvollziehbar, dass der DGB versucht, einen Beitrag zu leisten, um die Lehrstellenmisere zu beseitigen. Man muss aber auch fragen, ob er mit diesem Vorschlag in Wirklichkeit nicht auch einen Beitrag dazu leistet, dass die Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage verwässert und damit aufgegeben wird?

Es geht dabei nicht nur um die Frage der Verwirklichung einer alten Forderung der Gewerkschaften, die Ausbildungsplatzumlage durchzusetzen. Würde der Vorschlag Realität, gibt es auch einen Einbruch in die tarifliche Bezahlung der Auszubildenden, denn die Ausbildungsvergütung, die die Bundesagentur für Arbeit zahlt, ist niedriger als die in den Tarifverträgen der Branchen regelte.

Hat die hessische SPD-Landtagsfraktion deshalb nicht recht, wenn sie erklärt, freiwillige Vereinbarungen mit den Wirtschaftsverbänden reichten offenbar nicht aus. Es müsse angesichts der katastrophalen Entwicklung auch erneut über eine Ausbildungsplatzumlage gesprochen werden, bei der diejenigen Betriebe, die nicht ausbilden, belastet und die Betriebe, die ausbilden, entlastet werden.

Die AfA Hessen-Süd wird in den bevorstehenden Landtagswahlen dafür kämpfen, dass die Ausbildungsplatzumlage in das Wahlprogramm der SPD aufgenommen wird.

Koch greift Berufsausbildung an

Die Koch-Regierung selbst bleibt nicht untätig und startet einen Angriff auf die Berufsausbildung: Das Berufsgrundbildungsjahr oder ein Jahr Berufsfachschule dienen bisher dazu, eine zusätzliche Qualifikation für den Über-

gang von der Schule zur beruflichen Ausbildung zu schaffen. Die CDU-Regierung sieht nun vor, dass das vorgehaltene Unterrichtsjahr auf die zwei- bzw. dreijährige Lehre (abhängig von der vorgeschriebenen Ausbildungszeit) angerechnet werden soll.

Diese Verkürzung der Berufsqualifikation lehnen selbst die Unternehmerverbände ab. Sie prognostizieren, dass somit Abgänger allgemein bildender Schulen bessere Startvoraussetzungen haben, als Bewerber aus Berufsschulen, weil die Unternehmen das zusätzliche Ausbildungsjahr und seine Finanzierung so vermeiden können.

Diese politische Maßnahme ist ein weiterer Schritt der Koch-Regierung, die Bildung in Hessen den Forderungen von Weltbank, GATS und Welthandelsorganisation zu unterwerfen, die einen Rückzug des Staates zugunsten des Privatkapitals aus der Bildung und ein Abspecken der Bildungsinhalte zugunsten der wirtschaftlichen Verwertung fordern und in allen Ländern durchsetzen wollen. Die berufliche Bildung ist davon nicht ausgenommen.

AfA Hessen-Süd spricht sich deutlich für Ypsilanti aus. Sozialdemokratische Gewerkschafter unterstützen Andrea Ypsilanti

Nach Bekanntgabe der Kandidatur der hessischen SPD-Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Andrea Ypsilanti und der Gegenkandidatur des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter für die SPD-Spitzenkandidatur in der Landtagswahl 2008 hat sich der Bezirksvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) Hessen-Süd für die Spitzenkandidatur von Andrea Ypsilanti ausgesprochen:

»Wir freuen uns, in Andrea Ypsilanti eine streitbare Verbündete zu wissen, die sich nachhaltig für die Interessen und Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt...

Die hessische SPD-Vorsitzende

steht für einen eindeutigen Politik- und Kurswechsel innerhalb der SPD. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte, sowie die unzähligen gewerkschaftlich engagierten Menschen, brauchen ein deutliches Signal der hessischen Sozialdemokratie. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land wünscht sich soziale Gerechtigkeit statt einer Fortsetzung neoliberaler Politik. „Diesen Menschen wollen wir wieder eine politische Heimat bieten“, so Michael Frischkorn, Vorsitzender der südhessischen AfA. „Deshalb soll Andrea Ypsilanti die erste hessische Ministerpräsidentin werden!“

Für den Erhalt der solidarischen Krankenversicherung

Beschluss des Berliner AfA-Landesvorstandes:

Die SPD wird aufgefordert, für den Erhalt des solidarischen und paritätisch finanzierten Systems der gesetzlichen Krankenkassen und des öffentlichen Gesundheitswesens einzutreten.

Die Hälfte der anwesenden AfA-Vorstandsmitglieder unterzeichnete den Brief von SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen aus NRW an die Verantwortlichen und Bundestagsabgeordneten der SPD:

Muss das Diktat von Merkel und ihrer CDU/CSU nicht zurückgewiesen werden?

Muss die Gesundheitsreform nicht von allen SPD-Bundestagsabgeordneten abgelehnt werden?

Es wurde außerdem beschlossen, die ehem. stellv. DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer zu diesem Thema zur öffentlichen AfA-Landeskonferenz Ende Oktober einzuladen.

Michael Altmann
Zur Diskussion:

„Historischer Einsatz“ der Bundeswehr im Nahen Osten?

AM 19./20. September haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestags den von der Großen Koalition vorgeschlagenen Marine-Einsatz der Bundeswehr vor den Küsten des Libanon debattiert und beschlossen. SPD-Außenminister Steinmeier drängte nach Gesprächen mit US-Präsident Bush und Israels Premierminister Olmert die Abgeordneten, den „Libanon-Einsatz rasch zu beschließen“. CDU-Kanzlerin Merkel sprach von einer „historischen Dimension“: „An kaum einem anderen Ort der Welt wird die einzigartige Verantwortung Deutschlands, die einzige Verantwortung... für die Lehren aus der deutschen Vergangenheit, so deutlich wie hier.“

Vor elf Jahren war eine Delegation von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen zur damaligen Abgeordneten und heutigen Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul der Auftakt für den Kampf von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gegen das Hineinziehen Deutschlands und der SPD in „Out-of-Area“-Einsätze der Bundeswehr. Damals waren die wirklichen Lehren nach Faschismus und Krieg nach dem 2. Weltkrieg allgemeingültig: „Nie wieder Krieg! Krieg ist kein Mittel der Politik!“

Seitdem, und vor allem unter der Regierungsverantwortung der SPD unter Schröder, wurde die Bundeswehr Stück für Stück über „humanitäre Einsätze“ in Ex-Jugoslawien, über „friedenserzwingende“ in Afghanistan, bis hin heute unter der Großen Koalition, zu „militärischen Einsätzen“ sogar im Pulverfass Naher Osten getrieben.

Peter Scholl-Latour, der die Sinnlosigkeit des Kongo-Einsatzes nachgewiesen hat, hat recht, wenn er sagt: „Es geht einzig und allein daran, die deutsche Bevölkerung an die Normalität der Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland zu gewöhnen.“ Es geht darum, den Schwur des deutschen Volkes nach 1945 „Nie wieder Krieg“ und die politischen Konsequenzen, wie sie im Grundgesetzprogramm der SPD festgehalten sind: „Krieg ist kein Mittel der Politik“, vergessen zu machen.

Dennoch lebt der Widerstand gegen diese Politik weiter. Die breite Mehrheit des deutschen Volkes lehnt den Militäreinsatz im Libanon ab. 32 SPD-Abgeordnete haben den Libanon-Einsatz im Bundestag abgelehnt – sie repräsentieren

die politische Vertretung des deutschen Volkes. 15 ParlamentarierInnen blieben der Abstimmung fern. Die Fraktion der Linken ist sowieso dagegen, der Riss aber geht bis in die bürgerliche Volkspartei CDU/CSU hinein, von denen 12 Abgeordnete den Einsatz ablehnten. 152 Abgeordnete stimmten insgesamt mit Nein.

Die zentrale Begründung für die Ablehnung ist, dass ein „Blauhelm“-Einsatz im Libanon „nicht neutral“ sei. Michel Aoun, christlicher Führer der Opposition im Libanon, nennt die Parteilichkeit dieser UN-Mission: „Die Staatengemeinschaft hat durch den UN-Sicherheitsrat eine kleine Operation, bei der zwei israelische Soldaten gefangen genommen wurden, verurteilt und als Akt des Terrors qualifiziert. Als Israel die Libanesen bombardierte und Tausende Zivilisten tötete, enttäuschte es uns, dass diese Handlungen nicht auch verurteilt worden sind. Niemand verurteilte den Einsatz von Streubomben und Schwefelbomben durch Israel.“

Israel hätte zumindest die Regeln des Kriegs und der Genfer Konvention respektieren müssen. Seine Armee zerstörte aber mit Unverhältnismäßigkeit unsere Infrastruktur und tötete Zivilisten.“ 1.200 Menschen, überwiegend Libanesen, kamen in dem 34-tägigen Konflikt um!!

Der Grundkonflikt im Nahen Osten kann durch die auf ein Jahr angesetzte UNIFIL-Mission nicht gelöst werden (wir berichteten darüber). Die berechtigte Befürchtung der Abgeordneten besteht darin, dass die deutsche Beteiligung nicht auf den Schutz der Küste vor dem Libanon beschränkt bleibt. Der Einstieg der Bundeswehr in die Konflikte des Nahen Osten, der Versuch, den unlegitimierten Angriff der US-Regierung („Enduring Freedom“) mit der UN-Mission in Afghanistan zusammen zu legen, das alles sind Einstiege in die Beteiligung an der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens durch Bush (s. auch die letzte Nummer der »Sozialen Politik & Demokratie«).



Außenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel vor der Abstimmung zum Bundeswehreinsatz im Libanon

Diese Politik der Großen Koalition unter Merkel zieht Deutschland immer weiter in den „langanhaltenden Feldzug“ von Bush.

Schließlich hat die Beteiligung von mittlerweile über 10.000 deutschen Soldaten an Auslandseinsätzen noch eine andere Konsequenz. Man kann nicht mehr nur von einem deutschen „Verteidigungshaushalt“ sprechen. Die zunehmende Zahl an Auslandseinsätzen verlangt eine Aufstockung. CDU-„Verteidigungs“minister Jung hat eine Erhöhung für 2007 um ein halbe Milliarde Euro durchgesetzt. Die Militärausgaben liegen in Deutschland bei „nur“ 1,4 Prozent des BIP, in den USA bei 3,5 %. Die von Jung avisierten 2 % würden eine Erhöhung der Militärausgaben von 23,9 auf 44 Milliarden (also über 20 Mrd.) Euro bedeuten.

Sind die Forderungen der Initiative von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen **„Nein zur Entsendung deutscher Truppen – Nein zum weltweiten militärischen Einsatz deutscher Soldaten – Keinen Pfennig zur Vorbereitung von Kriegseinsätzen“**, die im Juni 1995 von Heidemarie Wieczorek-Zeul und anderen SPD-Abgeordneten begrüßt wurden („...dass die Forderungen im besten Sinne „populär“ seien. An wen sollte sich die Bevölkerung in dieser Frage sonst wenden, wenn nicht an die SPD?“), nicht aktueller denn je? Sollten und müssen wir GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen uns nicht weiterhin dafür einsetzen, dass die deutschen SoldatInnen aus den Auslandseinsätzen zurück geholt werden und kein Euro, kein Cent dafür ausgegeben wird?

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

Auch beim Wasser – nationales Recht muss für die Privatisierungsvorgaben der EU gebrochen werden

Der folgende Artikel analysiert, wie die CDU/FDP-Landesregierung von NRW über die Novellierung des Landeswassergesetzes den Weg für die Privatisierung der Wasserversorgung frei machen will. Über die entsprechende Landesgesetzgebung sollte sowohl die EU-Richtlinie sowie das dieser Richtlinie folgende Wasserhaushaltsgesetz der Regierung Schröder vom August 2002 umgesetzt werden. Doch der Artikel arbeitet auch heraus, dass die Strukturen der Daseinsvorsorge und der

Widerstand gegen den Versuch, diese zu schleifen, ein großes Hindernis darstellen. Trotz bestehender gesetzlicher Möglichkeiten von EU und Bundesebene sind CDU und FDP zunächst in NRW an der Privatisierung der Abwasserbeseitigung gescheitert. – Diese Ausarbeitung versteht sich auch als ein Beitrag für die Anklageakte gegen die zerstörerische Politik der EU, die ArbeitnehmerInnen aus ganz Europa der EU-Kommission übergeben wollen.

Die Abfolge ist stereotyp: Der EU-Richtlinie folgt das Bundesgesetz und, soweit es Länderrecht tangiert, folgt die Landesgesetzgebung. Bei der „Wasserpolitik“ ist dies nicht anders. Doch deutlich wird, dass Strukturen der Daseinsvorsorge ein Hindernis darstellen.

Während insbesondere in Berlin weitere Teile der Wasserwirtschaft privatisiert sind (RWE und Veolia – früher Vivendi – halten 49,9% der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben – die gleichen RWE, die wegen notwendiger hoher Investitionen bei RWE Thames Water die Versorgung von London usw. verscherbeln oder an die Börse bringen wollen (1)), ist in NRW die Wasserversorgung noch weitgehend Teil der Daseinsvorsorge und somit als hoheitliche Aufgabe ausgewiesen.

Im industriellen Kerngebiet des Landes an Rhein und Ruhr wurde 1899 in Bochum die Emscher-Genossenschaft als erster deutscher Wasserwirtschaftsverband gebildet, dem weitere Wasserwirtschaftliche Verbände folgten, deren zentrale Träger die Kommunen im zusammenhängenden Flussgebiet sind. Sie sind als sondergesetzliche Wasserverbände im jeweiligen Verbandsgesetz definiert und übernehmen als Körperschaft öffentlichen Rechts hoheitliche Aufgaben von der Trinkwasserbereitstellung bis zur Abwasserreinigung, aber auch den Hochwasserschutz usw.

Das Wasserhaushaltsgesetz (2) der Regierung Schröder vom August 2002 eröffnet EU-konform in Paragraph 18a die Privatisierung der Abwasserbeseitigung: „Die Länder regeln, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind, und die Voraussetzungen, unter denen anderen die Abwasserbeseitigung obliegt. Die zur Abwasserbeseitigung Verpflichteten können sich zur Erfüllung ihrer Pflichten Dritter bedienen.“ Die Richtlinie der Kommission fordert,

Die Politik der Privatisierung der Wasserversorgung in Nordrhein-Westfalen

dass „der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung von Gewässern stärker in andere politische Maßnahmen der Gemeinschaft integriert werden (müssen), so z. B. in die Energiepolitik, die Verkehrspolitik“ (3), so dass die Wasserver- und -entsorgung zu „Wasserdienstleistungen“ werden (4).

Auf die Funktion der „Dritten“ hat in Nordrhein-Westfalen immer wieder die FDP hingewiesen, deren umweltpolitischer Sprecher 2004 die – damals SPD-geführte – Landesregierung aufforderte, Privatisierungs-Regelungen der Regierung Schröder zu übernehmen: Den Kommunen müsse die Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden, die Abwasserentsorgung auf Dritte zu übertragen.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP treten die bürgerlichen Parteien schließlich für die „Beschneidung staatlicher Macht“ und für „den weitgehenden Fortfall der wirtschaftlichen Betätigung des Staates“ an. Diese Zielsetzung wird gegenwärtig in verschiedenen Gesetzesinitiativen umgesetzt. So soll die geplante Reform der Gemeindeordnung in NRW den Kommunen zukünftig verbieten, eigene Druckereien, Gartenbetriebe, Reparaturwerkstätten usw. zu unterhalten. Und – natürlich – stehen, trotz gegenteiliger Beteuerungen, die Privatisierungen der Stadtwerke, also die Privatisierung von Strom, Gas, Wasser und der Verkehrsbetriebe auf der Tagesordnung.

Die Privatisierung der Abwasserbeseitigung sollte über das Landeswassergesetz befördert werden. Denn wie schon bei Bahn, Post, Strom, Gas stehen auch angesichts der geplanten Privatisierung der Abwasserbeseitigung die privaten Entsorger an: „Unser Interesse gilt den Kanalnetzen im ganzen Land.“ (5)

Die Privatisierung der Abwasserbeseitigung wird in NRW von der anthroposophischen Privatuniversität in Witten begleitet!

Widerstand formierte sich in den Stadtwerken und z.B. beim Städte- und Gemeindebund.

Und die SPD-Landtagsfraktion?

„Die SPD-Fraktion kündigt massiven Widerstand gegen weitere Belastungen der Bürger durch die Privatisierungspolitik der Landesregierung an“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft, „die SPD lehnt die von der Landesregierung geplante Privatisierungsmöglichkeit der Abwasserentsorgung deshalb entschieden ab.“

Die Privatisierung wird abgelehnt, weil sie Gebührenlasten erhöht, nicht, weil die Fraktion für die Verteidigung der Daseinsvorsorge und gegen Privatisierung eintritt.

Am 5. 9. 06 teilt nun DPA mit: „Nach breiten Protesten von Experten verzichtet die nordrhein-westfälische Landesregierung auf die geplante Privatisierung der Abwasserbeseitigung. «Wir verzichten in der Novelle des Landeswassergesetzes auf die Einführung einer Privatisierungsoption», gab NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am Dienstag in Düsseldorf bekannt. Eine Sachverständigen-Anhörung im Landtag habe ergeben, dass Kostenvorteile zweifelhaft seien. Gebührenerhöhungen sollten aber unbedingt vermieden werden.“

Das heißt, zunächst sind CDU und FDP in NRW mit ihrem Vorhaben gescheitert, die Abwasserbeseitigung zu privatisieren.

Fakt ist, dass aufgrund der Sparhaushalte der zurückliegenden Jahre die Kanalnetze der rd. 400 Gemeinden und Städte in NRW völlig marode sind. Sanierungskosten in Milliardenhöhe (allein für NRW werden Kosten von rd. 8 Milliarden Euro geschätzt) stehen bevor, Kosten, dies zeigt der Rückzug

(Forts. S. 9 links)

von RWE Thames Water, die die Profite schmälern. Also werden zunächst die Kommunen sanieren, bevor die „Privatisierungsoption“ erneut gezogen wird, denn die Stimmen derjenigen, die das „völlige Fehlen des Wettbewerbs“ in der deutschen Wasserver- und -entsorgung anprangern, verstummen nicht, weil im Geschäft mit Wasser sichere Profite winken.

Das Interesse der Konzerne richtet sich auf die gesamte Wasserversorgung: „Im Trinkwasserbereich wird sich der noch fehlende, notwendige Wettbewerb bald einstellen, da Trinkwasser-Konzessionen nicht mehr ohne öffentliche Bekanntmachung oder Ausschreibung vergeben werden dürfen. Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen werden sich auch in diesem Bereich den geltenden Gesetzen und Verordnungen der Europäischen Union in punkto Wettbewerb und Transparenz nicht länger verschließen können“, erklärt Remondis Aqua anlässlich des „internationalen Tages des Wassers“ und fügt hinzu: „Die derzeitige, überwiegend staatliche Struktur der Wasserwirtschaft schränkt die internationale Expansions-Strategie der im Lande ansässigen Unternehmen stark ein.“

Dies aber verlangt die Zerschlagung der gesetzlich abgesicherten Grundlage der Wasserversorgung durch die Wasserwirtschaftlichen Verbände in NRW, einschließlich der des Hochwasserschutzes.

H.-W. SCHUSTER, Sept. 2006

Weltweit ist die Privatisierung der Wasserversorgung eine der zentralen Bedingungen der erpresserischen Kreditvergabe von IWF und Weltbank. Auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (6) EBRD (Osteuropabank) mit Sitz in London, deren größter Anteilseigner die USA sind, ist mit von der Partie.

„Business Partners“ der EBRD sind u.a. die Multis der Branche wie Suez, Veolia, RWE usw. Nicht nur in Berlin, sondern in zahlreichen Kommunen sind diese Multis an Stadtwerken usw. beteiligt. Über diese Verbindungen und mit Hilfe der EBRD kommen dann weitere Beteiligungen zustande. So sind an der Privatisierung der Budapester Abwasserentsorgung, organisiert und finanziert von der EBRD, Vivendi (heute Veolia) und eben auch die Berliner Wasserbetriebe beteiligt.

Für den Wasserbereich sichert die EBRD den Konzernen und Spekulanten „solide Renditen“ bei „niedrigen Risiken“ zu.

ANMERKUNGEN:

1) vgl. „Neuordnung der Finanzierungsstruktur von Thames Water zwecks Etablierung der finanziellen Eigenständigkeit“, Pressemitteilung von RWE vom 6. 9. 2006

2) Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. EG Nr. L 327 S. 1)

3) Richtlinie 2000/60/EG, S. 4

4) ebenda, S. 11

5) Harmening, Hauptgeschäftsführer des Bundes der Entsorgungswirtschaft in NRW vom 31. 8. 06

6) „Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 gegründet. Sie soll den Übergang zur offenen

Marktwirtschaft und privates und unternehmerisches Handeln in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen. Unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der Länder in unterschiedlichen Übergangsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 28 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorgebundener Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Stärkung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt.“ (<http://www.ebrd.com/de/index.htm>)

5 LÄNDER IN EUROPA Wie weit wollen sie es mit Europa und seinen Völkern treiben?

Großbritannien: Hunderte Delegierte des TUC-Gewerkschaftskongresses fordern Tony Blair auf: „Sofortiger Rücktritt!“ 10.000e Demonstranten fordern vor dem Parteitag der Labour Party auf Transparenten: „Blair, geh! Nimm Deine Kriege mit!“ Auf einem Transparent steht: „Geld für das Gesundheitswesen, nicht für den Krieg.“

Deutschland: Die arbeitende Bevölkerung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erteilt der SPD wie auch der CDU und der Linkspartei.PDS eine klare Abfuhr, weil sie sich der Großen Koalition unter Leitung von Merkel (CDU) und den Anforderungen der Europäischen Union unterordnen, auf deren Präsidentschaft sich Bundeskanzlerin Merkel für das Jahr 2007 vorbereitet. Privatisierungen, Zerschlagung der Krankenversicherung, Deregulierung der Arbeit... „Wie weit wollt ihr noch gehen?“, fragen sich die WählerInnen.

Schweden: Die Mitte-Rechts-Koalition gewinnt die Wahlen und verdrängt die seit Jahren regierenden Sozialdemokraten. Wie war das möglich?

Der Verfasser eines Essays über das schwedische Modell antwortet:

„Das schwedische Modell ist Vergangenheit. Es hat es sich seit 30 Jahre abgenutzt. Das Niveau des

sozialen Sicherungssystems in Schweden ist heute mit dem der anderen europäischen Länder vergleichbar oder sogar manchmal etwas schlechter. Seit 1994 haben die Sozialdemokraten ihm das Rückgrat gebrochen (...), indem sie den öffentlichen Dienst halbiert und ein umfassendes Privatisierungsprogramm im Energie- und Verkehrssektor aufgelegt haben, oder zu Haushaltskürzungen zurückgekehrt sind.“

Italien: Die Regierung Prodi, die vor allem an dem „Stabilitätspakt“ festhalten will, schlägt, unterstützt von der Partei der Kommunistischen Neugründung, PRC, den Gewerkschaften einen neuen „Pakt für Wachstum und Wettbewerb“ vor.

Ungarn: Die Demonstrationen brechen nicht ab, auf denen der Rücktritt von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany gefordert wird, dessen Konvergenzprogramm ausdrücklich von der EU gebilligt wurde: Bei allen öffentlichen Haushalten soll radikal gekürzt und privatisiert werden.

Kurzum, in ganz Europa fordern die ArbeitnehmerInnen, dass mit dieser Politik der Liquidierung des öffentlichen Dienstes Schluss gemacht werden muss, das aber verlangt den Bruch mit der Europäischen Union und deren Richtlinien.

CARLA BOULBOULLÉ

UNGARN • Die Demonstrationen gegen die Lügen des Ministerpräsidenten, der die von der Europäischen Union geforderten Haushaltskürzungen verschleiern will, reißen nicht ab • Was passiert wirklich im Lande?
 INTERVIEW mit **Marika Kovacs**, die vor 50 Jahren als junge Kommunistin an der Revolution der Arbeiterräte 1956 teilgenommen hat

Was geschieht in Ungarn?

Frage: Wie sieht die Situation heute in Ungarn aus angesichts der Demonstrationen, über die berichtet wird?

Marika Kovacs: Zehntausende Ungarn demonstrieren nicht nur in Budapest, wie es im Fernsehen gezeigt wird, sondern auch in den Provinzstädten, nachdem das „entwendete“ Video der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten ausgestrahlt wurde. In der Rede gibt er zu, dass er das Volk belogen hat (s. Kasten).

Frage: Die internationale Presse schreibt, dass die Rechtsextremen demonstrieren. Stimmt das?

M. Kovacs: Das ist eine Manipulation. In Budapest gab es einige Ausschreitungen von Hooligan-Grüppchen, die als Fußballfanatiker bekannt sind. Doch die Massendemonstrationen werden von der Bevölkerung getragen.

50 Jahre nach der ungarischen Revolution von 1956 verwenden die Erben der stalinistischen Bürokratie, die die Arbeiterräte 1956 im Blutbad erstickt haben, wieder dieselbe Verleumdung jetzt gegen die Demonstranten, indem sie sie als Faschisten denunzieren.

Diese Verleumdung wird von vielen Medien der „herrschenden Ordnung“ weltweit wiederholt. Heute werden also wieder die gleichen Beschimpfungen gegen diejenigen verbreitet, die sich gegen Unrecht und Lüge empören!

Frage: Was meinst Du mit „Erben der Bürokratie“?

M. Kovacs: Die jetzige Regierung wird von ehemaligen Verantwortlichen der »Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns«, der Partei der Bürokratie bis 1989, gebildet. Sie oder ihre Vorgänger sind es, die die Unterdrückung der Revolution von 1956 geleitet haben. In dieser Revolution traten alle Arbeiterräte für die Verteidigung des verstaatlichten Bodens und der Staatsbetriebe ein, genauso wie für die demokratischen Freiheiten, die Auflösung der verhassten politischen Polizei AVH und das Ende der Besatzung durch sowjetische Truppen.

„Wir wollen Arbeit und Brot, das Recht auf Gesundheit...“

Die gleichen Führungskader haben sich plötzlich in den Jahren 1989-1991 zu Anhängern der Marktwirtschaft „gewendet“ – wie ihre Kollegen in der UdSSR, Polen, Bulgarien oder Rumänien. Sie haben im großen Stil Privatisierungen

organisiert, die Staatsbetriebe abgewickelt und Millionen Ungarn ins Elend gestürzt. Währenddessen haben sie sich durch Plünderung des Volkes bereichert, sich in eine wahre Mafia verwandelt und sich der NATO, dem IWF, der Europäischen Union unterworfen...

Der amtierende Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany ist selbst ein ehemaliger Verantwortlicher der Parteijugend. So erinnert die französische Zeitung »Le Figaro« vom 20. September daran, dass „er sein Vermögen Anfang der 90er Jahre angehäuft hat, indem er die vom Staat verschleuderten Betriebe aufkaufte und teuer weiterverkaufte. Als Multimillionär kehrte er 2002 auf die politische Bühne zurück.“

Frage: Was sagen die Demonstranten?

M. Kovacs: Wenn man die Demonstrationen beobachtet, sieht man Plakate mit den Losungen: „Wir wollen Arbeit und Brot. Recht auf Gesundheit. Für ein Bildungswesen ohne Schulgebühren, ohne Studiengebühren. Gegen Steuererhöhungen, gegen steigende Gas- und Strompreise.“

Vor einigen Wochen sagte mir ein Gewerkschafter: „Wenn in dieser Situation die Bevölkerung nicht auf die Straße geht, wird Ungarn bald untergehen.“ Tatsächlich droht dem ganzen Land die allgemeine Auflösung. Über 80% der Wirtschaft sind schon privatisiert.

In den letzten vierzehn Jahren haben die multinationalen Konzerne 80 Milliarden Dollar Gewinne durch die Ausbeutung unseres Landes und seiner Bevölkerung aus unserem Land abgeführt. Seit drei Wochen haben die Studenten zu Tausenden im ganzen Land (6.000 in Szeged, 5.000 in Miskolc...) aus Protest gegen die Einführung hoher Studiengebühren demonstriert.

Denn der Mafioso Gyurcsany setzt buchstabengetreu die EU-Programme um, wie eben den „Bologna-Prozess“ für die Privatisierung der Universitäten. Doch die Studenten sagen: „Wir wollen, dass der Universitätszugang kostenlos bleibt, weil wir eine Zukunft wollen!“

Frage: In der Videoaufzeichnung seiner Rede, die das Feuer an der Lunte zündete, sagt der Ministerpräsident: „Man muss die öffentlichen Haushaltsdefizite ab diesem Jahr reduzieren und die Steueränderungen ab September in Kraft setzen.“ Was bedeutet das?

M. Kovacs: Das ist sehr einfach.

Während der Integration in die Europäische Union wurde Ungarn gedrängt, das öffentliche Defizit im Namen der berühmten 3-Prozent-Kriterien des Maastrichter Vertrags drastisch zu senken. Deshalb müssen alle öffentlichen Haushalte gekürzt werden, es muss massiv privatisiert und liquidiert werden. Das Ergebnis ist dramatisch für Ungarn. Das Gesundheitswesen, das früher in diesem Lande ausgezeichnet war, befindet sich in Auflösung.

Stellt euch vor, fast 80% der Lohnabhängigen leben unterhalb des Existenzminimums, während eine kleine Minderheit sich schamlos und unvorstellbar bereichert hat.

So sieht also das Ergebnis der EU-Politik für die Integration der osteuropäischen Staaten aus.

Frage: Warum tritt der Ministerpräsident nicht zurück?

M. Kovacs: Gestern abend hat er im CNN erklärt: „Ich bin der einzige Politiker, der in der Lage ist, diese Reformen zuende zu führen.“

Es stimmt, dass die Rechte sich die Zähne daran ausgebissen hat. Gyurcsany will die EU-Richtlinien konsequent umsetzen.

Wie mir ein Eisenbahngewerkschafter sagte, wird dieser Mann, der ein Lügner ist und der (als Ministerpräsident) schmutzige Reden hält, jetzt von der EU als Held dargestellt, weil die EU vom Prinzip ausgeht, dass alle Politiker lügen, er aber den Mut hat, das zuzugeben! Das ist eine Schande. Wer also treibt die Leute zu den Rechtsextremen?

Frage: Ein russischer Journalist schrieb über die Ereignisse: „Viele vergleichen die heutigen Ereignisse in Budapest mit dem Oktoberaufstand 1956. Doch die Forderungen des Protestes betreffen nicht mehr die sowjetische Besatzung des Landes, sondern die ‚marktwirtschaftlichen Reformen‘ aller aufeinanderfolgenden Regierungen, ob Liberale, Sozialisten oder Nationalkonservative.“ Gibt es eine Kontinuität zur Revolution von 1956, an der du als junge Studentin teilgenommen hast?

M. Kovacs: Die Entwicklung seit 1989 stößt unser Land in den Abgrund, und eben dagegen demonstrieren die Menschen, auch wenn sie das in der jetzigen Etappe nicht bewusst formulieren können.

Ich wiederhole, es sind die Erben der Leute, die 1956 die Arbeiterräte nieder-

geschlagen haben, die den Weg zu dem Umsturz von 1989 geöffnet haben und die als wahre Mafia heute ihr Zerstörungswerk fortsetzen.

Sie wurden als „Washingtons Verbündete“, als „gute Schüler der Europäischen Union“ und des IWF präsentiert. Seht euch die Ergebnisse an! Doch das ungarische Volk will wie alle Völker der Welt leben. Deshalb geht es auf die Straße.

„Natürlich haben wir gelogen“

Die Demonstrationen begannen am 18. September, kurz nachdem das ungarische Fernsehen ein ihm zugespieltes Video mit einer Rede des Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsany ausgestrahlt hatte. Gyurcsany gibt darin zu, dass er gelogen habe, um die Parlamentswahlen im letzten April zu gewinnen, und dass er bewusst die Kürzungspläne verschwiegen habe, die er jetzt in Ungarn diktieren werde, um den Befehlen der EU zu folgen. Hier ein Redeauszug:

„Natürlich haben wir anderthalb bis zwei Jahre gelogen, und es war klar, dass unsere Reden nicht wahr waren. Wir sind dermaßen außerhalb dessen, was das Land ertragen könnte. Wir hätten uns vorher nie vorstellen können, dass die Regierung der Sozialistischen Partei MSZP und die Liberalen das hätten tun können. Außerdem haben wir gleichzeitig nichts von dem in die Praxis umgesetzt, was wir vier Jahre lang gesagt haben. Wir können keinen einzigen wichtigen Regierungsbeschluss nennen, auf den wir stolz sein könnten, außer dass wir endlich die Regierungsführung aus dem Sumpf gezogen haben. Keinen einzigen. Wenn wir zur Rechenschaft über unsere Taten seit vier Jahren gezogen werden, was können wir schon sagen?“

* * *

EU UNTERSTÜTZT GYURCSANY

Die französische Zeitung »La Tribune« vom 26. September berichtet: „Während die Demonstrationen in Budapest für den Rücktritt des sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsany, der seine Lügen vor den Wahlen im Frühjahr über seine wirtschaftlichen und Haushaltspläne zugegeben hat, weitergehen, erhält dieser am heutigen 26. September eine indirekte Unterstützung von der Europäischen Kommission. Diese soll heute dem ‘Konvergenzprogramm’ zustimmen, das die ungarische Regierung am Monatsanfang vorgelegt hat. Sie wird unterstreichen, dass es unverzichtbar ist, diese Strategie rigoros umzusetzen, um die öffentlichen Finanzen des Landes zu sanieren und eine Vertrauenskrise zu vermeiden. Das öffentliche Haushaltsdefizit

in Ungarn dürfte dieses Jahr tatsächlich 10,1% des BIP erreichen, d.h. mehr als das Dreifache des vom Stabilitätspakt erlaubten Maximums. Es hätte sogar 11,6% erreicht, wenn keine Notmaßnahmen durchgeführt worden wären.“

Gyurcsany folgt mit seinen Maßnahmen, gegen die sich die zehntausenden Demonstranten erheben, also direkt der Europäischen Union. Alle öffentlichen Haushalte sollen gekürzt werden, es soll massiv privatisiert und liquidiert werden. Das Ergebnis ist für Ungarn dramatisch.

Nach den Informationen von Gewerkschaftern wird es z.B. zu einem Chaos im Gesundheitswesen, das früher ausge-

zeichnet war, kommen. Die Krankenhausärzte arbeiten 16 Stunden am Tag. Für ihre Überstunden erhalten sie 600 Forint (2 Euro). Das führt zu einem Ärztemangel, weil diese das Land verlassen und Arbeit im Ausland suchen.

Auch verschwinden viele Apotheken, weil man Medikamente in Tabakläden und Tankstellen kaufen kann. Im Namen der Solidarität mit den Arbeitslosen und Armen hat die Regierung – die gleichzeitig massive Vergünstigungen für die Unternehmer beschließt – eine Steuer von 1-1,5% auf den Nettolohn der ArbeitnehmerInnen beschlossen. Die gleiche Steuer betrug bisher schon 2,5%.

INTERNATIONALE KAMPAGNE

Unterzeichnet den Aufruf für die Solidarität mit dem mexikanischen Volk

(Bericht eines Kollegen aus Mexiko)

Das mexikanische Volk kämpft um die Anerkennung von Andrés Manuel Lopez Obrador als am 2. Juli gewählter Präsident Mexikos.

Das mexikanische Volk lehnt massiv den Wahlbetrug ab, durch den Calderon, der Kandidat der Rechten, unterstützt von dem US-Imperialismus und der mexikanischen Oligarchie, zum Präsidenten gemacht werden soll, und fordert eine vollständige Neuauszählung der Stimmen.

Am 1. September haben nach einem Aufruf von Lopez Obrador über 200 Abgeordnete seiner Partei (der PRD), der PTD (...) und anderer Gruppen, die sich auf die Verteidigung der Demokratie berufen, die Tribüne des Kongresses besetzt, auf der der amtierende Präsident Vicente Fox, einer der Organisatoren des Wahlbetrugs, das Wort ergreifen wollte. Das Bundeswahlgericht TRIFE sah sich zu einer teilweisen Neuauszählung der Stimmen (nur ca. 1/10 von ihnen) gezwungen und musste zugeben, dass allein von diesen Stimmzetteln über 230.000 entweder zuviel waren oder fehlten. Daran kann man das Ausmaß der Fälschung bezogen auf alle Wahlberechtigten hochrechnen.

Dieser erneute Betrug wurde vom TRIFE als „gerecht und legitim“ bezeichnet, was eine neue große Welle der Wut und Mobilisierung im ganzen Lande auslöste. Nach der Bekanntgabe dieses skandalösen Beschlusses sagte Lopez Obrador die geplante Pressekonferenz ab mit der Begründung, was er zu sagen habe, behalte er dem mexikanischen Volke direkt vor, das er zur

erneuten Versammlung auf dem Zocalo-Platz aufrief.

Er bezeichnete den Beschluss des TRIFE als illegitim und unannehmbar und rief zur Bildung einer Parallelregierung auf. Hierzu sollten nach seinen Worten überall in den Städten und Gemeinden, Wohnvierteln, Betrieben, Delegierte zum nationalen demokratischen Konvent gewählt werden, der am 16. September zusammentreten sollte.

Über eine Million Delegierte, Arbeiter, Bauern und Jugendliche aus dem ganzen Land, viele mit einem Mandat von Basisversammlungen oder ihrer Gewerkschaftsorganisationen, haben an dem nationalen demokratischen Konvent (CND) am 16. September auf dem Zocalo-Platz in Mexiko-City teilgenommen

Eine Delegation der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) war der Einladung von Andrés Manuel Lopez Obrador gefolgt. Sie war Zeuge eines Ereignisses, in dem über eine Million Delegierte an der Seite von Andrés Manuel Lopez Obrador einstimmig proklamiert haben:

- **Wir akzeptieren keinen „Präsidenten“, der durch Wahlbetrug ins Amt kommt!**
- **Wir akzeptieren keine Politik der Privatisierung und des sozialen Rückschritts, die man uns durch den Wahlbetrug aufzwingen will!**
- **Es gibt nur einen Präsidenten von Mexiko, und der heißt Andrés Manuel Lopez Obrador!**

(Forts. S. 12)

INTERNATIONALE KAMPAGNE: ... Solidarität mit dem mexikanischen Volk

Weltweit fordern die Völker, dass die Demokratie, die Selbstbestimmung und Souveränität der Nationen respektiert werden. Heute steht das mexikanische Volk auf als entschiedener Verteidiger dieser Grundrechte. Der Kampf des mexikanischen Volkes für seine Souveränität ist der Kampf aller Völker und Nationen für ihre Souveränität. Die Forderung des mexikanischen Volkes, es solle ihm kein Präsident aufgedrängt werden, der nicht vom Volk gewählt wurde, ist gerecht und legitim. Die Forderung – auf die die Behörden nicht eingegangen sind –, die Wählerstimmen des 2. Juli neu auszu zählen, Stimmzettel für Stimmzettel, Wahllokal für Wahllokal, ist gerecht und legitim.

Nach einem Treffen mit den Kolleginnen Jesusa Rodriguez und Elena Poniatowska, Mitglieder der Organisationskommission des CND, beschloss die Delegation der IAV, deren Bitte um Solidarität mit dem mexikanischen Volk zu entsprechen:

„Wir wenden uns deshalb mit Zustimmung der Vertreter der Organisationskommission des CND mit einem Aufruf auf internationaler Ebene an alle Verantwortlichen von Parteien, Gewerkschaften und Volksorganisationen, an alle MandatsträgerInnen in ihren Ländern, an alle VerteidigerInnen der demokratischen Rechte und der Souveränität der Nationen, an alle Organisationen und Arbeiterkämpfer, an alle ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen: Unterzeichnet die unten stehende »Unterschriftensammlung: Solidarität mit dem mexikanischen Volk« und sammelt weitere Unterschriften.“

Wir bitten sie, in allen Ländern der Welt einen Tag der internationalen Mobilisierung: Solidarität mit dem mexikanischen Volke, zu organisieren: am 13. November 2006, d.h. sieben Tage vor dem Amtsantritt von Andrés Manuel Lopez Obrador als legitimer Präsident von Mexiko.

Wir fordern sie außerdem auf, am gleichen Tag um Empfangstermine für Delegationen zu den mexikanischen Botschaften und Konsulaten zu ersuchen, um sowohl bei der mexikanischen Regierung als auch bei allen Völkern der Welt unsere volle Unterstützung für die legitime Mobilisierung des mexikanischen Volkes für Gerechtigkeit, Demokratie und nationale Souveränität bekannt zu machen.“

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT DEM MEXIKANISCHEN VOLK

Am 16. September 2006 fand daraufhin der nationale demokratische Konvent (CND) mit über einer Million Delegierten aus allen Bundesstaaten auf dem Zocalo-Platz von Mexiko-City statt. Weil die Forderung des mexikanischen Volkes nach Neuauszählung nicht berücksichtigt wurde, halten wir die Beschlüsse des CND für gerecht und legitim: Felipe Calderón wird nicht als

gress zu schaffen, mit dem das mexikanische Volk – ohne ausländische Einmischung – eigenständig die Institutionen definieren kann, welche die Demokratie, die Selbstbestimmung und die Maßnahmen für den sozialen Fortschritt und für die Verteidigung der nationalen Souveränität garantieren.

Wir für unseren Teil respektieren voll und ganz die Souveränität des mexikanischen Volkes und verpflichten uns feierlich, in unseren eigenen Ländern über die wahre Situation in Mexiko zu berichten und zur internationalen Solidarität für diese gerechte Sache des mexikanischen Volkes aufzurufen.



16. September, Zocalo-Platz in Mexiko-City: Über 1 Million Delegierte aus dem ganzen Land stimmen mit ihren Delegiertenkarten ab

gewählter Präsident von Mexiko anerkannt; es wird Andrés Manuel López Obrador als Präsident von Mexiko proklamiert; der CND betont auf der Grundlage von Artikel 39 der mexikanischen Verfassung, dass die Souveränität vom Volke ausgeht und dieses das Recht hat, seine Regierungsform zu ändern.

In diesem Sinne meinen wir, dass der nationale demokratische Konvent den gerechten und legitimen Beschluss gefasst hat, die Bedingungen für einen verfassungsgebenden nationalen Kon-

Die Verteidigung der Souveränität Mexikos bedeutet, die Souveränität aller Nationen zu verteidigen!

Die Respektierung der Demokratie in Mexiko bedeutet, die Demokratie in allen Nationen zu respektieren!

Schickt Eure Unterschrift an die Kontaktadresse der IAV in Deutschland: carla.boulboulle@t-online.de

An die Koordination des nationalen demokratischen Konvents CND: solidaridadcnd@yahoo.com.mx

Die internationalen Delegierten, die am nationalen demokratischen Konvent teilgenommen haben:

Alan Benjamin, Redakteur der Zeitung »The Organizer«, Mitglied des nationalen Komitees der Arbeiterbewegung in den USA gegen den Krieg (USLAW) und Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsrates AFL/CIO von San Francisco; **Daniel Gluckstein**, nationaler Sekretär der Partei der ArbeitnehmerInnen PT (Frankreich) und Koordinator der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker; **Julio Turra**, nationales Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsverbandes CUT (Brasilien); **Julio Yao**, Vorsitzender der Organisation »Frieden und Gerechtigkeit in Panama«, Koordinator von »Panamesen für den Frieden und Bürgeraktion für das 'Nein' «.